

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Nr. / Sitzung	1. WS	MUK	RZ	PA	RR
Datum	03.03.2021				

N I E D E R S C H R I F T

Düsseldorf, den 28. April 2021

Ort der Sitzung: Plenarsaal der Bezirksregierung Düsseldorf,
Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr

Ende der Sitzung: 12:40 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die 72. Sitzung des Strukturausschusses am 26.11.2020**
3. **Leitbildentwicklung Innovation Valley – Arbeiten des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler**
Vortrag von Herrn Mielchen (Geschäftsführer Zweckverband Landfolge Garzweiler)
4. **Entwicklung der Kraftwerksstandorte**
Vortrag von Herrn Eyll-Vetter (RWE Power AG)
5. **Vorstellung des Revierknotens Mobilität/Infrastruktur**
Vortrag von Herrn Brügge (Vorsitzender des Revierknotens Infrastruktur und Mobilität der ZRR)
6. **Strukturwandel im Rheinischen Revier – Überblick und fortlaufender Sachstandsbericht der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf**
Berichterstattung
7. **Verschiedenes**

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Strukturwandel, Herr Rainer Thiel (SPD), begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Herrn Mielchen, Geschäftsführer des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler, Herrn Eyll-Vetter von der RWE Power AG und Herrn Brügge in seiner Funktion als Vorsitzender des Revierknotens Infrastruktur. Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung fest.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 2: Kenntnisnahme der Niederschrift über die 72. Sitzung des Strukturausschusses am 26.11.2020

Die Kenntnisnahme der Niederschrift über die 72. Sitzung des Strukturausschusses am 26.11.2020 wird auf die Sitzung des Planungsausschusses am 11.03.2021 vertagt.

TOP 3: Leitbildentwicklung Innovation Valley – Arbeiten des Zweckverbandes Landfolge Garzweiler

Vortrag von Herrn Mielchen (Geschäftsführer Zweckverband Landfolge Garzweiler)

Herr Welter (CDU) führt aus, dass bisher immer gesagt worden sei, die Autobahn A 61 N sei unverzichtbar und werde neu gebaut. Er habe aus den Werkstattwochen zur Leitbildentwicklung mitgenommen, dass die Impulse beim Innovation Valley so zu verstehen seien, dass dann intelligente Mobilitätskonzepte greifen müssen. Er erkundigt sich nach Hinweisen für die Verantwortlichen zum Wohle der Anrainerkommunen.

Herr Mielchen (Geschäftsführer Zweckverband Landfolge Garzweiler) erläutert, dass alle drei Teams der Meinung waren, in den 40er Jahren solle man keine Autobahn bauen, welche parallel zu einer Autobahn verläuft, die 20 Jahre leistungsfähig funktioniert habe. Zum einen, weil es nicht nötig sei und zum anderen, weil es viel bessere Möglichkeiten zur Entwicklung dieser Landschaft gebe. Der Bau der Autobahn stelle eine Barriere am Ostufer dar und minimiere somit viele Chancen. Im Zweckverband wurde auch diskutiert und in der Stellungnahme zur Leitentscheidung seien entsprechende Formulierungen aufgenommen worden. Man sei der Meinung, dass nach der Leitentscheidung kurzfristig noch einmal überprüft werden solle, ob die technische Machbarkeit noch gegeben ist. Aus der Leitentscheidung 2016 wisse man, dass durch den See die Trassenführung sehr schwierig sei und sobald der See sich verändere, eine Trassierung unmöglich werde. Wichtig wäre, dass die dafür vorgesehenen Mittel nicht einfach entfallen, sondern an anderer Stelle eingesetzt werden könnten. Beispielsweise für die A 61 und die A 46, die große Schallimmissionen verursachen und kleinere Aus- und Umbaumaßnahmen eventuell nötig haben. Man müsse auch andere Dinge bedenken, wie zum Beispiel den Bahnverkehr und die Dinge vorantreiben, die in den 40er Jahren klima- und bedarfsgerecht seien. Hierfür müsse man sich schon relativ früh positionieren.

Herr Hildemann (SPD) stimmt Herrn Mielchen zu, dass die Autobahn 61 N eine wichtige strategische Grundentscheidung darstelle, die bereits jetzt entschieden werden muss. Allerdings seien die Maßnahmen an der A 44 und A 46 seines Erachtens größer als von Herrn Mielchen beschrieben. Die freiwerdenden Mittel von RWE müssten umgelenkt werden. Herr Hildemann erkundigt sich zudem nach der Umsetzung des Drehbuches.

Herr Mielchen (Geschäftsführer Zweckverband Landfolge Garzweiler) erklärt, dass die Grundidee des Drehbuchs Bestand habe, man jedoch gemerkt habe, dass man die Landschaftsräume nicht so thematisch sauber voneinander trennen könne, wie es ursprünglich angedacht war. Der Begriff „Innovation Valley“ werde nun nicht mehr nur an diesen einen zentralen Raum gebunden, sondern weiter definiert, da man für

Innovation auch Partner benötige. Das Drehbuch werde als Zusammenfassung aller Ideen gesehen und zwischendurch liefen vertiefende Planungen und Projektentwicklungen. Alle 5 Jahre sollen diese in einer Fortsetzung des Drehbuchs zusammengefasst werden – die erste Fortsetzung wäre demnach Ende 2021.

Herr Böttcher (B90/Die Grünen) hält das Thema Grunderwerb für ein schwieriges Thema, welches bei allen Planungen intensiv berücksichtigt werden müsse. Er erwähnt zudem ein grünes Band als Matrix für Siedlungsentwicklung und erkundigt sich, ob dies ausschließlich bei Landfolge Garzweiler bestehe oder es Bestrebungen gebe, dies zu vernetzen, beispielsweise mit dem Knotenpunkt Raum.

Herr Mielchen (Geschäftsführer Zweckverband Landfolge Garzweiler) erwidert, dass es durchaus von Bedeutung sei, die Qualität der Landschaft insgesamt im Revier mitzudenken. Die ZRR habe diesbezüglich konzeptionell vorgearbeitet mit einem relativ frischen Konzept zur Freiraumentwicklung.

Frau Wolf (DGB) erkundigt sich als Vertreterin der Arbeitnehmer, inwieweit bei diesen Konzeptionen auch die Themen Arbeitssicherung und Arbeitsplätze berücksichtigt werden.

Herr Mielchen (Geschäftsführer Zweckverband Landfolge Garzweiler) antwortet, dass mit einer attraktiven Landschaft die Chancen steigen, dass Menschen und Unternehmen sich gerne in einer Region ansiedeln. In der Zukunft werde der Wettbewerb um die besten Köpfe zunehmen und durch eine attraktive Landschaft könne man somit auch international in diesem Wettbewerb mithalten. Leute, die bereits hier wohnen und insbesondere ihre Kinder würden in der Region bleiben. Zudem würden neue gewerbliche Flächen auch neue Arbeitsplätze schaffen. In Zukunft müsse man Arbeit neu denken: Arbeit werde zum großen Teil in den Siedlungsbereichen stattfinden und nicht mehr davon losgelöst sein. Herr Mielchen gibt zu bedenken, dass die Kernaufgabe als kommunaler Verband allerdings eher aus Sicht des Raumes vollzogen werde und nicht aus Sicht des einzelnen Menschen. Indirekt werde das Thema Arbeit allerdings berücksichtigt.

Herr Brügge (CDU) macht auf das Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung aufmerksam, welches bereits in einer der letzten Sitzungen aufgegriffen wurde und auch in der Klausurtagung im Herbst eingehend diskutiert werden soll. Er betont, dass man aufgrund der Dringlichkeit zügig zu Regelungen und Vereinbarungen kommen müsse. Herr Brügge erläutert, dass im Bereich Wirtschaftsförderung Unternehmen zeitnah Flächen bräuchten und nicht jahrelang warten könnten, bis die Regionalplanung den Regionalplan in einem langwierigen Prozess angepasst hätte. Unternehmen würden sich ansonsten einen Standort außerhalb des Regierungsbezirks suchen, in dem vorausschauender mit Flächen geplant worden ist. Darüber hinaus müsse man dafür Sorge tragen, dass die Industriearbeitsplätze nicht nur erhalten blieben, sondern auch zukunftsfähig ausgebaut werden. Industrie und Umwelt-/Naturschutz müssten sich versöhnen.

Der Vorsitzende, Herr Thiel (SPD) fasst zusammen, dass momentan auf die Leitentscheidung gewartet werden müsse. Dort werde beschrieben, welche Aufgaben die Regionalräte haben. Es ginge darum, den Raum mit neuen Zuständigkeiten neu zu denken. Der Regionalrat Düsseldorf müsse dann mit dem Braunkohlenausschuss, dem Regionalrat Köln und dem Revierknotenpunkt Raum der ZRR zusammenarbeiten. Er bittet die Verwaltung, die Vorsitzende des Revierknotens Raum der ZRR, Frau Prof. Reicher, für eine der nächsten Sitzungen einzuladen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Strukturwandel nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

*Die Powerpointpräsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.*

TOP 4: Entwicklung der Kraftwerksstandorte

Vortrag von Herrn Eyll-Vetter (RWE Power AG)

Herr Brügge (CDU) gibt zu bedenken, dass wenn man andere Tagebauen mit Wasser versorgen will, dies nicht zu Lasten des Tagebau Garzweiler passieren dürfe.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) erwidert, dass die Befüllung des Tagebaus Garzweiler mit Wasser aus dem Rhein über die im Braunkohlenplan festgelegte Zeitspanne von 40 Jahren erfolgen solle. Wenn die bisherigen Restriktionen zur Rheinwasserentnahme so blieben, werde die Befüllung des Garzweilersees 40 Jahre dauern und die Befüllung des Tagebaus Hambach, welche ohnehin mit Rheinwasser von einer anderen Stelle erfolgt wäre, 60 Jahre. Man solle seines Erachtens daran arbeiten, die maximale Absenkung des Rheinpegels bei Niedrigwasser, die bei 1 cm liegt, auf 2 cm festzusetzen. Dies sei auch möglich, ohne die Rheinschifffahrt zu gefährden.

Herr Welter (CDU) merkt an, dass das was für Wasser gilt, aus Sicht der Stadt Jüchen auch für Abraumprobleme gelte, die entstehen, nachdem man sich entschieden hat, den Hambacher Forst zu erhalten. Der Erhalt des Hambacher Forstes dürfe keinen negative Auswirkungen auf die Verfüllung von Garzweiler I im Bereich von Jüchen haben. Herr Welter erkundigt sich, wie RWE zu der Forderung der Neuenhausener Bevölkerung stehe, auf die Fläche F 3, Standort Frimmersdorf, zu verzichten.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) teilt Herr Welters Meinung. Der Abraum aus dem Tagebau Garzweiler werde gebraucht, um den Tagebau Garzweiler zu rekultivieren. Eine Ausnahme bildet der Löss, welcher im Tagebau Garzweiler reichlich vorhanden sei. Im Tagebau Hambach gebe es diesen nicht in ausreichender Menge, weswegen man einen Teil des kulturfähigen Bodens nach Hambach bringen und einen Ausgleich erzielen müsse. Die 5. Regionalplanänderung mit Einbeziehung der Fläche F 3 würde seines Erachtens einen sinnvollen Ansatz bieten und einen Flächenmix darstellen, der früh und sinnvoll nutzbar wäre. RWE sieht es demnach als sinnvoll an, die Fläche F 3 zu entwickeln. Wenn es um diese konkrete Fläche allerdings einen politischen Konflikt gebe, müsse man nach einer Lösung hierfür suchen. Daran würde aber nicht die gesamte Änderung scheitern.

Herr Thiel (SPD) fasst zusammen, dass die Bezirksregierung für die 5. Regionalplanänderung im Rahmen des Erarbeitungsbeschlusses eine Abwägung und eine Bedarfsprüfung durchgeführt habe. Die mitunter ausführlichen Stellungnahmen werden dem Regionalrat noch vorgelegt. Die Flächenentscheidung über die diskutierte

Fläche werde im Planungsausschuss gefällt, allerdings werde man auch im Ausschuss für Wirtschaft und Strukturwandel schauen, welche Entwicklungsmöglichkeiten die Fläche biete.

Herr Hildemann (SPD) fordert hinsichtlich der Rheinwassertransportleitung auf, wegen der geänderten Rahmenbedingungen eine gemeinsame Anstrengung zu unternehmen, da man mit der alten Planung in der Art nicht mehr fortfahren könne. Er unterstreicht, dass dies zügig geschehen solle. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob es einen gleitenden Übergang gebe, Dinge, die in der Folgenutzung noch weiter genutzt werden könnten, abzuschalten oder zu demontieren. Er bittet Herrn Eyll-Vetter, Stellung zu der in der Presse aufgekommenen Frage bezüglich der umstrittenen EU-Mittel zu nehmen.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) bestärkt den Appell zur gemeinsamen Beschleunigung der Rheinwassertransportleitung. Insbesondere an die Rheinschiffahrtskommission als internationales Gremium müsse appelliert werden. Er bestätigt, dass versucht werde, die vorhandene Infrastruktur weiterhin zu nutzen. So werden beispielsweise Stromleitungen, Gleise oder Gasleitungen nicht ohne einen erkennbaren Grund abgebaut, zumal einmal abgebaute Gleistrassen eventuell nicht wieder genehmigt werden würden. Was einmal abgebaut worden ist, werde nicht mehr errichtet werden. Daher gilt, sinnvoll nutzbare Infrastruktur zu erhalten.

Bezüglich des Beihilfeverfahrens erläutert er, dass man sich von Anfang an im Klaren darüber war, dass es beihilferechtliche Prüfungen der EU geben werde. Es war demnach nur eine Frage der Zeit, wann ein solches Verfahren angestoßen wird. Die Entschädigung durch die EU-Mittel beträgt 2,6 Mrd. Euro, die in 15 Raten ausgezahlt werden sollen. Der Schaden, der durch den vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohle entsteht, läge mit 3,5 Mrd. Euro deutlich höher. Da der Schaden weitaus höher als die Entschädigung ausfiele, könne man diesem Verfahren relativ gelassen entgegensehen. Er weist darauf hin, dass Klärungsbedarf ohnehin eher bei der ostdeutschen Braunkohle gesehen werde.

Herr Böttcher (Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass die Frimmersdorfer Fläche F 3 eine besonders kritische Fläche für die Partei Bündnis 90/Die Grünen sei, aber auch die Randgebiete kritisch gesehen werden. Für ihn sei allerdings offen, was dort genau

geplant werde. Er bittet Herrn Eyll-Vetter um Informationen, wofür die Fläche zukünftig genutzt werden solle.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) erläutert, dass es um eine 50 Hektar große Fläche mit nicht mehr nutzbaren Anlagen gehe, die keiner wirtschaftlichen Nutzung mehr zugeführt werden könnten. Deshalb sei an dieser Stelle ein Rückbau erforderlich. Hierbei könne man auch hochwertige Baustoffe zurückgewinnen. Momentan seien Investoren dabei, Konzepte zu entwickeln. Man versuche den Rückbau so zu gestalten, dass er sukzessive in die Folgenutzung überführt werde. Momentan gebe es noch Diskussionen über das Thema Denkmalschutz, allerdings versuche man die Fragen bald zu klären, so dass die Planung konkretisiert werden könne.

Auf Herrn Böttchers (Bündnis 90/Die Grünen) Nachfrage nach dem Austausch mit rebau erwidert Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG), dass RWE zwar nicht im täglichen Austausch mit rebau stehe, er versichert aber, dass Ideen zum Rohstoffrecycling in den Prozess aufgenommen werden. Zudem stehe man im engen Austausch mit der Kommune sowie dem Rhein-Kreis Neuss.

Frau Wolf (DGB) erkundigt sich nach wegfallenden Arbeitsplätzen und der Energiesicherheit. Sie gibt zu bedenken, dass bei einem Wegfall der Energiesicherheit Unternehmen möglicherweise abwandern würden. Eine weitere Frage betrifft die Beteiligung von RWE Power an Forschungen zu Salzspeicher Kapazitäten, die von Jülich und der RWTH Aachen konzipiert werden.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) erläutert, dass über die APG Maßnahme in diesem und nächsten Jahr rund 1.000 Arbeitsplätze abgebaut werden würden. Das Bundeswirtschaftsministerium und das BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) sind zuständig mit einem Standort in der Lausitz und administrieren diese Maßnahme von dort. Zunächst sollen im Mai diesen Jahres Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Jahrgangs 1958 entlassen werden. Das Thema Energiesicherheit hält Herr Eyll-Vetter für ein spannendes, aber auch schwieriges Thema, was längst nicht gelöst sei. Bis Ende 2022 gebe es erhebliche Abschaltungen, da nicht nur der Braunkohle- und Steinkohleausstieg vollzogen wird, sondern auch Ende nächsten Jahres der voll-

ständige Kernenergieausstieg. Die Energie werde somit knapper und die Speicherfrage sei noch nicht geklärt. Für eine ganze Zeit werde man auf dem Energiemarkt aus diesem Grund zur Begleitung der erneuerbaren Energien noch andere Kraftwerke benötigen. Bis 2038 soll die Braunkohle noch ihren Beitrag zur Energieerzeugung leisten, allerdings werden momentan auch Gasturbinen gebaut, die man kurzfristig und schnell hochfahren könne. Die RWE Power AG beteilige sich auch an Speicherprojekten, wie dem Feststoffspeicher, der in einem Projekt der ZRR geplant wurde. Ob so etwas am Ende die Lösung der Energiefrage sei, bleibt allerdings noch abzuwarten. Herr Eyll-Vetter führt aus, dass es seines Erachtens ohnehin nicht die eine Lösung gebe, sondern man einen kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien anstrebt. Zudem werde auch Wasserstoffherstellung als Speicherfähigkeit eine Rolle spielen. Bis 2038 werden auch noch konventionelle Kraftwerke eine Rolle spielen. Bis dahin sei hoffentlich die Frage der Speicherung abschließend geklärt. Pumpspeicher werden nach seiner Einschätzung eher als kleine Ergänzung dienen. Herr Eyll-Vetter stimmt Frau Wolf zu, dass energie-intensive und energie-sensitive Unternehmen abwandern würden, wenn sie von diesen Veränderungen auf dem Energiemarkt betroffen seien. Diese Befürchtung habe man auch bei der Kohlekommission vorgetragen. Die Versorgungssicherheit sei eine Aufgabe, die der Staat leisten müsse.

Der Vorsitzende, Herr Thiel (SPD) erkundigt sich nach dem aktuellen Stand von Salzspeicherkraftwerken sowie Feststoffspeichern und fragt, ob es im Bereich Neurath oder Niederaußem möglich wäre die bereits dort vorhandene Infrastruktur zu nutzen. Er fragt, ob es an diesen Kraftwerkstandorten Planungen zur Errichtungen von Wärmespeicherkraftwerken auf Flüssigsalz-Basis gebe.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) erwidert, dass die RWE Power AG sich mit DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) und der FH Aachen in einem gemeinsamen Forschungsvorhaben befände, um diese Frage zu untersuchen. Neurath und Niederaußem seien genau die Standorte, die hierfür in Frage kämen. Bisher sei man noch nicht zu einer abschließenden Bewertung gekommen.

Frau Arndt (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um eine Einschätzung bezüglich der zukünftigen Lage der Rheinwasserleitung. Es bereite ihr Sorgen, dass in trockenen Sommern wenig Wasser im Rhein sei, obwohl viele Nutzer darauf angewiesen sind. Zudem stelle sich ihr die Frage, welche Umsiedlungen von Orten Herr Eyll-Vetter in seinem Vortrag meine. Des Weiteren erschließt sich ihr zu dem Thema Industriewasserversorgung nicht, wieso ein abgeschaltetes Kraftwerk noch Wasser benötige, wenn es nicht mehr tätig ist. Im Hinblick auf die Fläche F 3 hebt sie hervor, dass für den Abbau der dortigen Gebäude und Industrieanlagen Recycling der genutzten Rohstoffe möglich wäre. Ihre Fraktion vertrete die Einstellung im rohstoffarmen Deutschland mehr Rohstoffe zu sichern. Dies wäre an diesen Standorten auch über das Recycling der Anlagen hinaus denkbar. Dadurch würden auch teilweise hoch qualifizierten Arbeitsplätzen geschaffen werden.

Herr Eyll-Vetter (RWE Power AG) erläutert, dass die Wasserführung eine große Rolle spiele. Dies sei aus dem Verfahren für die Rheinwassertransportleitung zur Versorgung der Feuchtgebiete und des Tagebau Garzweiler bekannt. Er führt aus, dass bei ausreichendem Wasserstand die volle Menge entnommen werden kann. Es gebe dahingegen aber auch Niedrigwasserphasen, in denen die Entnahmemöglichkeit eingeschränkt ist. Es wurde aus diesem Grund, unter Einbindung der für den Rhein zuständigen Einrichtungen, ein ausgeklügeltes System entwickelt, das eine Rangfolge der Wassernutzung vorschreibt. An erster Stelle stehe die Trinkwasserversorgung, dann die Entnahme, um in die Feuchtgebiete in der Nähe einzuspeisen und erst danach folge die Befüllung der Seen. Wenn dann für 1-2 Tage kein Wasser in den See eingefüllt werden könne, würde das nicht die grundsätzliche Machbarkeit des Vorhabens gefährden. Für einen längeren Zeitraum wäre dies natürlich nicht machbar, da es sich um Lockergesteintagebau handle.

Die Umsiedlungen in Garzweiler betreffen laut Herrn Eyll-Vetter ausschließlich fünf Orte in Erkelenz, und zwar die des sogenannten Dritten Umsiedlungsabschnittes. Mit 86 % der dort ursprünglich wohnenden 1.500 Menschen herrsche bereits Einigkeit. Diese Umsiedlungen seien aus energiewirtschaftlicher Sicht erforderlich. Der Zeitpunkt der Inanspruchnahme sei allerdings noch in der Klärung.

Bezüglich der Industriewasserversorgung erläutert er, dass ein Netz vorhanden sei, welches man weitestgehend erhalten wolle. Denkbar seien zum Beispiel Wasseraufbereitungsanlagen, da Industrieprozesse diese ebenfalls benötigen. Ob so etwas dann letztlich in der Folgenutzung nutzbar und brauchbar ist, könne man erst später beantworten.

Hinsichtlich der Fläche F 3 führt Herr Eyll-Vetter aus, dass der Recycling-Ansatz der Rohstoffe aus der Kraftwerksschließung verfolgt werde. Ob man aber an dem Standort ein dauerhaftes Recycling von Rohstoffen einrichtet, wie Frau Arndt es vorschlägt, ist fraglich, da ein Recycling Betrieb auch mit den kommunalen Vorstellungen zusammenpassen müsse.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Strukturwandel nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

*Die Powerpointpräsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.*

TOP 5: Vorstellung des Revierknotens Mobilität/Infrastruktur

Vortrag von Herrn Brügge (Vorsitzender des Revierknotens Infrastruktur und Mobilität der ZRR)

Herr Böttcher (Bündnis 90/Die Grünen) bittet Herrn Brügge um Stellungnahme zur Rolle von Flugtaxi und autonomen Fahren in der Zukunftsplanung des Rheinischen Reviers. Eine weitere Frage bezieht sich auf die Überlegung, den Rhein-Maas Kanal zu nutzen.

Herr Brügge (Vorsitzender des Revierknotens Infrastruktur und Mobilität der ZRR) führt aus, dass im von ihm und seinen Kollegen veröffentlichten Fachbeitrag die Idee mit dem Rhein-Maas Kanal nicht verfolgt werde, da es wirtschaftlich nicht darstellbar sei. Mit dem Thema Aviation verhält es sich laut seiner Einschätzung wie bei allen Zukunftsthemen. Zunächst würden nach anfänglicher Euphorie erhebliche Widerstände auftreten, die es dann zu bewältigen gilt.

Herr Hildemann (SPD) merkt an, dass Wasserstoff sinnvoll eingesetzt werden kann, wenn grüner Strom verwendet werde. Dieser müsse an den Standort geleitet werden, wo der Wasserstoff produziert wird. Es sei sinnvoll, solche Anlagen an den Standorten zu installieren, an denen man derzeit Kraftwerke hat. Er erkundigt sich, ob es dahingehend schon nähere Überlegungen gebe. Zudem gibt er kritisch zu bedenken, dass umliegende Projekte möglicherweise versuchen würden, sich an den Mitteln des Strukturwandels für ihre eigenen Vorhaben zu bereichern.

Herr Brügge (Vorsitzender des Revierknotens Infrastruktur und Mobilität der ZRR) erläutert, dass es intensive Diskussionen gebe, wo die Mittel verwendet werden, dies aber nicht Aufgabe des Revierknotens sei. Er gibt zu bedenken, dass andere Planungen, die das Rheinische Revier unterstützen und noch attraktiver machen, durchaus auch von Strukturwandelmitteln mitfinanziert werden könnten. Herr Brügge hält neben grünem auch violetten Wasserstoff, welcher durch Industrieprozesse anfällt, für nutzbaren Wasserstoff. Zu prüfen wäre, ob diese Idee wirtschaftlich tragfähig ist und ob man die regulatorischen Rahmenbedingungen und technischen Widerstände lösen kann. Aus diesem Grund bezeichnet er die von Bund und Land aufgelegten Programme als richtig und zielführend.

Frau Bonin (CDU) merkt an, dass es offenbar doch konkreter werde im Strukturkonzept als man vom breiten Ansatz sehen würde. Sie erkundigt sich nach dem zeitlichen Rahmen dafür und wie aus den verschiedenen Leitbildern in Zusammenarbeit mit dem Revierknoten Planung selektiert und vorgegangen werde.

Herr Brügge (CDU) erklärt, dass der Prozess zum integrierten Mobilitätskonzept dynamisch verläuft und sich aufgrund der Konkretisierung von Planungen fortlaufend weiterentwickelt. Im Endeffekt gibt es hinsichtlich der Planungs- und Infrastrukturprozesse drei Ebenen, die entscheiden: Der Regionalrat, die Stadträte und – sofern Landes- und Bundesstraßen betroffen sind – das Land und der Bund. Es müsse ein gemeinsames Konzept der Zukunftsagentur mit den Kreisen und Städten entwickelt werden, das klärt, wie die Region in der Zukunft aussehen soll. Im Anschluss müsse der politische Prozess in diese Richtung gelenkt werden. Mit dem Verkehrsministe-

rium wurde die Vorgehensweise besprochen, das Budget stehe fest und die Ausschreibungsunterlagen werden zurzeit vorbereitet. Man rechne aufgrund der Komplexität der Beteiligungsstrukturen mit einer Dauer von 15 Monaten.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Strukturwandel nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

*Die Powerpointpräsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.*

TOP 6: Strukturwandel im Rheinischen Revier – Überblick und fortlaufender Sachstandsbericht der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf
Berichterstattung

Zunächst werden die Mitglieder der Steuerungsgruppe Plus neu bestimmt:

CDU-Fraktion: folgt

SPD-Fraktion: Herr Thiel, Vertretung: Herr Hildemann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Böttcher, Vertretung: Frau Sickelmann

FDP/FW-Fraktion: Herr Kuckels, Vertretung: Herr Dr. Grumbach

Zum Überblick und fortlaufenden Sachstandsbericht der Regionalplanungsbehörde Düsseldorf äußert Herr Welter (CDU), dass er im Starterpaket Kernrevier das Projekt Bahnhof Grevenbroich (Grevenbroich Mobil) als sehr wichtig ansehe. Er könne deswegen nicht nachvollziehen, dass die Strecke der S-Bahn Linie 6 in Grevenbroich enden soll und nicht bis Mönchengladbach über Jüchen weitergeführt werde. In diesem Zusammenhang regt er an, einen Vertreter des Verkehrsministeriums einzuladen, der im Ausschuss über die Planungen und aktuellen Sachstände der Schienenprojekte im Rahmen des Strukturwandels berichtet.

Die Verwaltung sichert zu, einen Vertreter des Verkehrsministeriums zu diesem Zwecke einzuladen.

Herr Hildemann (SPD) bedankt sich für die Broschüre zum Strukturwandel und bittet die Verwaltung um weitere Exemplare. Für den Sachstandsbericht regt Herr Hildemann zukünftig für jedes Projekt die Information zum konkreten Sachstand an, damit man ein Gefühl dafür bekommt, welche Projekte erst in der Planungsphase und welche hingegen schon weiter fortgeschritten sind.

Herr Böttcher (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass der letzte Sachstandsbericht einen Link zu der Studie des BET (Büro für Energiewirtschaft und technische Planung GmbH) und dem Wuppertal Institut enthielt. In dieser seien interessante Aussagen zum Potential erneuerbarer Energien und der Energieversorgung des Reviers sowie zu Versorgungssicherheit zu finden. Er regt an, einen der Autoren der Studie in die nächste Ausschusssitzung einzuladen, um die Studie zur Diskussion zu stellen. Zudem bittet er die Verwaltung, den neuen Geschäftsführer der ZRR, Herrn Middeldorf, in den Ausschuss für Wirtschaft und Struktur einzuladen, um ein gemeinsames Kennenlernen möglich zu machen.

Die Verwaltung sagt zu, die Einladung von Herrn Middeldorf und eines Autors der genannten Studie in die Wege zu leiten.

Frau Thoms (Bündnis 90/Die Grünen) regt an, zu den im Sachstandsbericht aufgeführten Projekten einen Link zu ergänzen, den man direkt anklicken kann. Darüber hinaus hält sie es für sinnvoll, die nächsten Sitzungen des Ausschusses als Hybridform stattfinden zu lassen, so dass Vorträge in einem Online Format abgehalten werden und die Risiken einer langen Präsenzveranstaltung minimiert werden.

Der Vorsitzende, Herr Thiel (SPD) sichert zu, dass die Verwaltung die Anregung einer Hybridform prüfen wird.

Herr Welter (CDU) erwidert auf Frau Thoms Anregung, dass die ZRR der Bitte bereits nachgekommen ist, die Projekte online zustellen und diese im Rahmen einer interaktiven Projektkarte seit Kurzem einsehbar seien.

Herr Weiß (Verwaltung) sichert zu, den Link zur interaktiven Projektkarte der ZRR weiterzuleiten. Er gibt an, dass in der Junisitzung der thematische Schwerpunkt auf

dem Thema Energie läge und sich die Vorstellung der Energiestudie in diesem Rahmen anbieten würde.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Strukturwandel nimmt den Überblick und fortlaufenden Sachstandsbericht zur Kenntnis.

TOP 7: Verschiedenes

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 12:40 Uhr.

Herr Thiel
(Vorsitzender des Ausschusses)

Frau Knappert
(Leiterin der Geschäftsstelle des Regionalrates)

Frau Stiller
(Schriftführerin)

Der Regionalrat Düsseldorf
Anwesenheitsliste – Ausschuss für Wirtschaft und Strukturwandel
03.03.2021

**Stimmberechtigte Mitglieder, sachkundige Bürger und
Fraktionsgeschäftsführer**

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Amfaldern, Nanette	
Aßmann, Dr. Barbara	√
Bonin, Annette	√
Brandts, Rainer	
Brügge, Dirk	√
Feron, Peter	
Dr. Fils, Alexander	√
Francken, Ulrich	
Gluch, Waldemar	
Heinen-Dauber, Petra	
Humpert, Karl-Heinz	
Läckes, Manred	
Mertins, Patric	
Nordmann, Johannes	√
Selders, Hannes	
Schmickler, Günter	
Schroeren, Michael	
Papen, Hans-Hugo	
Penack-Bielor, Angelika	
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Vielhaus, Ewald	
Voigt, Carsten	√
Welter, Thomas	√
Wolfers, Manfred	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
Eicker, Sigrid	
Geyer, Jens	√
Hengst, Jürgen	
Herz, Matthias	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Münchow, Volker	
Reese, Klaus Jürgen	
Reuter, Klaus	√
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	√
Wurm, Günter	

FDP/FW-Fraktion

Name	anwesend
Gerhard, Frank	
Grumbach, Dr. Hans Joachim	
Gulan, Boris	
Kuckels, Bernd	√
Kopp, Günter	
Laakmann, Otto	
Müller, Ulrich G.	√
Müller, Willibert	
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	

Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Böttcher, Manfred	√
Cäsar, Anja	
Fischer, Jürgen	
Fuchs, Eva-Miriam	
Gaida, Dietmar	
Köster-Flashar, Martina	
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	
Schäfer, Ilona	
Sickelmann, Ute	
Stapper, Dr. Norbert J.	
Thoms, Meral	√

Linkspartei

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	
Klein, Peter	
Pieck, Erik	

Die Partei

Name	anwesend
Adrians, Martin	√
Hofman, Thomas	

AFD

Name	anwesend
Wesselmann, Knut	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Hennecke, Prof. Hans-Jorg	Arbeitgebervertretung	
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	
Ertürk, Himmet	Arbeitnehmervertretung	
Kaus, Karsten	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Wellens, Dr. Christof	Sportverbände	
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	
Strumann, Sebastian	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas Paul	Landschaftsverband Rheinland	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	
Neuss	Landrat/Vertr.	
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Radermacher

Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann

Dezernat 32

Frau Oberregierungsrätin Knappert

Dezernat 32

Herr Regierungsbaudirektor Weiss

Dezernat 32

Frau Regierungsinspektorin Stiller

Dezernat 32